

# Sudetenpost



Unbegründete  
Ängste

VON MANFRED MAURER

Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis € 2,60 GZ 022030477M

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 3

Wien – Linz, 13. März 2014

60. Jahrgang

**Zeman: Erneut  
Provokation**

(Seite 3)

**Bildbericht:  
Ball der Heimat**

(Seite 7)

**Tribüne der  
Meinungen**

(Seite 16)

## Neue Regierung in Prag verweigert Dialog mit Sudetendeutschen

Die neue tschechische Regierung plant keinen direkten Dialog mit den vertriebenen Sudetendeutschen. Dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Interview des tschechischen Außenministers Lubomir Zaoralek mit der Tageszeitung „Pravo“ hervor. Auf die Frage, ob für die Regierung der Verhandlungspartner in Sachen der „abgeschobenen“ Sudetendeutschen die deutsche Bundesregierung sein werde, oder ob sein Kabinett den Weg des früheren Regierungschefs Petr Nečas weitergehen werde, der als erster tschechischer Ministerpräsident Bayern besucht hatte, sagte Zaoralek: „Für uns ist der Partner klar (...) Unser Partner ist die Regierung in Berlin“. Dies bedeute aber nicht, daß befriedigende Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien nicht eine nutzbringende Sache

seien, so der Minister. Nečas hatte im Februar 2013 als erster tschechischer Regierungschef offiziell Bayern besucht und war dabei auch mit den Spitzenvertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Sprecher Bernd Posselt an der Spitze zusammengetroffen.

Zaoralek kritisierte in dem „Pravo“-Interview die frühere Aussage des ehemaligen tschechischen Außenministers Karel Schwarzenberg, wonach der frühere Staatspräsident Edward Beneš vor das Haager Tribunal gehört hätte, wenn es dieses Gericht damals gegeben hätte. Diese Aussage sei ein „schreckliches Versagen“ gewesen und gehe, so Zaoralek, „gegen unsere Selbstachtung“. „Ich verstehe nicht, daß jemand plötzlich mit so einer unsinnigen Aussage kommen kann, die meiner Meinung nach aus einer ganzen Reihe

von Gründen fehlerhaft und völlig unangemessen ist“, meinte Zaoralek zu Schwarzenbergs Äußerung aus dem Präsidenten-Wahlkampf vor einem Jahr. Die Aussagen hatten zu einer heftigen Debatte geführt und möglicherweise dazu beigetragen, daß der tschechische Staatspräsident heute Miloš Zeman heißt. Vor der Stichwahl im Jänner 2013 sah sich Schwarzenberg einer von anti-sudetendeutschen Ressentiments geleiteten Kampagne ausgesetzt, in der ihm vom Zeman-Lager unter anderem unterstellt wurde, er wolle den Sudetendeutschen ihr Eigentum zurückgeben. Umfragen zufolge zeigte dies vor allem in den früheren Siedlungsgebieten der Sudetendeutschen Wirkung. Miloš Zeman gewann die Wahl dann mit 55 zu 45 Prozent der Stimmen.

### DAS BILD DER HEIMAT



Blick durch die Birken auf die Musikstadt Graslitz mit der katholischen (Mitte) und der evangelischen Kirche (rechts).

ANFANG MÄRZ ist in Serbien die Frist abgelaufen, innerhalb der auch die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Deutschen eine Rückgabe ihres damals beschlagnahmten Vermögens beziehungsweise eine Entschädigung dafür beantragen konnten. Während Tschechien nicht einmal ansatzweise in diese Richtung denkt oder etwa Kroatien Österreich seit Jahren mit der Inaussichtstellung eines entsprechenden Gesetzes an der Nase herumführt (und Österreich dies offensichtlich bereitwillig zuläßt), hat Serbien ein vorbildliches Gesetz verabschiedet, das In- und Ausländer in der Restitutions- bzw. Entschädigungsfrage gleichstellt und auch keine Stichtags-Fallstricke a la 25. Februar 1948 enthält.

DIE SERBISCHE Restitutionsbehörde rechnet mit etwa sechzigtausend Anträgen. Nun sollte man meinen, daß gerade aus Österreich eine Flut von Anträgen in Belgrad gelandet ist. Immerhin haben hierzulande Zehntausende Donauschwaben nach dem Krieg eine neue Heimat gefunden. Der Informationsstand der Betroffenen sollte aufgrund der intensiven Beratungsdienste der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft hoch sein. Auch die meisten österreichischen Medien hatten zum Teil sogar sehr ausführlich über die Restitutionsmöglichkeiten in Serbien berichtet und etwa darüber informiert, daß nicht nur die Vertreter der Erlebnisgeneration, sondern auch deren Erben anspruchsberechtigt sind. Zudem gab es auch faire Angebote für eine anwaltliche Vertretung (zum Beispiel 500 Euro Pauschale plus im Erfolgsfall fünf Prozent vom Verkehrswert des Restitutionsgutes), die es nicht einmal erforderlich machten, daß Antragsteller selbst nach Serbien reisten.

DENNOCH: Von österreichischen Bürgern wurden bis Ende Februar nur 321 Anträge gestellt. Das Interesse, sich ein Stück von dem mit immerhin zwei Milliarden Euro gebackenen Restitutionskuchen zu holen, hält sich also offenbar sehr in Grenzen. Über die Gründe dafür kann man viel spekulieren. Fakt ist jedoch, daß die Eigentumsrückgabe nicht das größte Problem der Vertriebenen zu sein scheint.

DAS IST EINE wichtige Erkenntnis für die Einordnung der Bedeutsamkeit dieser Frage in der politischen Diskussion. Gerade in Tschechien reagieren ja gar nicht so wenige Vertreter der politischen Klasse auf den Begriff Sudetendeutsche mit einer Art Pawlow'schen Angstreflex: Es besteht eine geradezu panische Angst vor angeblich an der Grenze lauenden Sudetendeutschen, die in Horden ins Land einfallen und alles zurückfordern würden, was man ihnen 1945 / 1946 weggenommen hat, wenn sie dazu die juristische Möglichkeit hätten. Deshalb wurde auch das absurde Theater um die EU-Grundrechtscharta inszeniert, weil der damalige Präsident Klaus darin die Gefahr sah, Vertriebene könnten sie als Hebel für ihre Eigentumsrechte nutzen. Mittlerweile ist man in Prag klüger geworden.

WIE MAN AM Beispiel Serbien sieht, könnte Prag viel gelassener an die Problematik herangehen. Es scheint tatsächlich so zu sein, daß für die meisten vertriebenen Deutschen beziehungsweise ihre Nachfahren fast siebzig Jahre nach dem verbrecherischen Raubzug die Rückgewinnung der verlorenen Eigentums nicht mehr die oberste Priorität hat. Aus vielen Gesprächen mit Enteignungsopfern kann man sagen: Es geht den meisten in erster Linie um

Fortsetzung auf der nächsten Seite

## Budweiser Journalist M. Kerles recherchierte den „Fall Kalvach“ und entdeckte Erstaunliches: Österreicher in Tschechei abgeschoben

Der Untergang der Habsburger-Monarchie im Jahre 1918 hatte Auswirkungen auf das Leben von Millionen Menschen. Nicht alle begrüßten die neu entstandenen Staaten, in denen sie nun leben mußten und viele Familien waren durch neue Staatsgrenzen getrennt. Und noch in den 1920er Jahren wurden geistig Behinderte aus Österreich wider Willen in die Tschechoslowakei deportiert. Offizielle Begründung war das sogenannte Heimatrecht, das viele dieser Menschen noch im Nachbarstaat hatten.

„Fantastisch! Rudolf Kalvach!“ Unter diesem Titel veranstaltete 2012 das Leopold-Museum in Wien die erste umfassende Präsentation dieses bis dahin vergessenen Malers. Museumsdirektor Tobias Natter bezeichnete Kalvach als „Karus zwischen Jugendstil und Expressionismus“. Während andere Künstler dieser Zeit wie Oskar Kokoschka oder Egon Schiele in einem Atemzug mit den größten Künstlern des 20. Jahrhunderts genannt wurden, geriet Kalvach in Vergessenheit. Grund dafür könnte sein, daß ihm wegen seiner Krankheit nur eine kurze Zeit des aktiven Schaffens gegönnt war.

Anläßlich der umfangreichen Ausstellung wurde natürlich auch die Lebensgeschichte des Künstlers dokumentiert. Dabei wurde dann etwas bekannt, was auch die Historiker überraschte: Der gebürtige Österreicher starb 1932 in einer psychiatrischen Anstalt in der Tschechoslowakei, ohne jemals zuvor in Böhmen gelebt zu haben oder auch nur ein Wort Tschechisch zu können. Marek Kerles von der Tageszeitung „Lidové noviny“ hat die Geschichte recherchiert und veröffentlicht:

„Rudolf Kalvach lebte zunächst in Wien. Dort hat er studiert, dann ist er nach Triest gegangen, wo sein Vater als Eisenbahner eingesetzt war. Das einzige, was Kalvach mit Böhmen verband, war der Geburtsort seines Vaters: Reichenau an der Knieschna (Rychnov nad Kněžnou). Dort verbrachte Kalvachs Vater jedoch nur

das erste Jahr seines Lebens, dann zog die Familie nach Wien und pflegte keine Kontakte mehr nach Böhmen. Kalvachs Mutter sowie er selbst waren in Wien geboren. Die vielversprechende Karriere des jungen Malers wurde jedoch bald durch seine psychische Krankheit beeinträchtigt. 1912 mußte er mit dreißig Jahren zum ersten Mal wegen Schizophrenie in die Wiener Anstalt „Am Steinhof“ eingeliefert werden. Dies wiederholte sich mehrere Male bis ins Jahr 1921, dann mußte er dauerhaft untergebracht werden. Fünf Jahre später wurde er jedoch wider seinen Willen in die psychiatrische Klinik in Kosmonosy bei Jungbunzlau „abgeschoben“. Dort starb Kalvach sechs Jahre später.“

Rudolf Kalvach wurde aufgrund des sogenannten Heimatrechts in die Tschechoslowakei abgeschoben. Dies wurde in der Habsburger Monarchie 1849 eingeführt und ging von einer progressiven Idee aus: Jeder Bürger mußte in einer Gemeinde gemeldet sein, diese garantierte ihm dann grundlegende soziale Sicherheit. Darunter verstand man vor allem den Anspruch auf ungestörten Aufenthalt und Armenpflege im Notfall. Das Heimatrecht erhielt man bei der Geburt, es orientierte sich am Recht des Vaters.

Nach dem Zerfall der Monarchie übernahmen sowohl Österreich, als auch die Tschechoslowakei das System des Heimatrechts. Die Bestimmung galt in beiden Staaten bis zum Zweiten Weltkrieg, danach wurde sie durch neue Sozialgesetze ersetzt. Sie hatte jedoch auch eine Schwachstelle: Wenn jemand aus seiner „heimatlichen“ Gemeinde auszog und jahrelang an einem anderen Ort lebte, sollte er eigentlich an seinem neuen Wohnort das Heimrecht beantragen. Sonst konnte es passieren, daß er bei finanziellen Problemen oder im Alter zurückgeschickt wurde.

Die Behörden kamen jedoch den Zugezogenen nur sehr ungern entgegen, besonders

dann, wenn es sich um Arme handelte. Kalvachs Vater erhielt beispielsweise das Heimatrecht in Wien erst mit 54 Jahren und wahrscheinlich nur, weil er Staatsangestellter war. Er mußte dafür auch 406 Kronen entrichten, eine relativ hohe Summe. Allerdings ging das neue Heimatrecht nicht auf seinen Sohn über, Kalvach hätte dies selbst beantragen müssen. Ob er diesen Schritt unternommen habe, bleibt unklar, sagt Kerles: „Als Kalvach bereits dauerhaft in der Anstalt „Am Steinhof“ in Wien untergebracht war, stellten die österreichischen Behörden fest, daß er sein Heimatrecht eigentlich in der ostböhmischen Stadt Reichenau an der Knieschna hatte. Dies bedeutete zugleich, daß Kalvach tschechoslowakischer Staatsbürger war, auch wenn er dort nie zuvor gewesen war und fast sein ganzes Leben in Österreich verbracht hatte. Der Wiener Gerichtshof hat dann entschieden, daß sich seine Heimgemeinde Reichenau um Kalvach kümmern müsse. Diese besorgte dann für den kranken Maler einen Platz in der nächst gelegenen Anstalt, und die war in Kosmonosy (Kosmonosy).“

So gelangte der früher erfolgreiche Künstler, dem die Krankheit die Arbeit nicht mehr ermöglichte, am 30. Juni 1926 in die Tschechoslowakei. Und nicht nur er: mit ihm kamen weitere elf geistig Behinderte aus Österreich nach Kosmonosy. Sie alle hatten im Einzugsgebiet der Anstalt ihr Heimatrecht. Der dortige Arzt und Amateurliterariker Milan Novák fand im Archiv der Anstalt heraus, daß auch diese Österreicher gar nicht Tschechisch konnten und in eine gänzlich fremde Umgebung gelangten. Es war auch Novák, der dem Leopold-Museum in Wien half, die Details über das letzte Kapitel von Kalvachs Leben zu rekonstruieren. Dabei hat er ein bisher unbekanntes Thema der tschechisch-österreichischen Geschichte aufgetan, betont Kerles: „Ganz klar belegt sind diese zwölf Fälle. Man kann aber annehmen, daß die tatsächliche Zahl

viel höher gewesen war. Falls auch andere psychiatrische Anstalten in Österreich auf diese Weise vorgingen, könnte es sich um Hunderte von Menschen handeln. Besonders bei nicht mehr selbstständigen Patienten lohnte es sich, zu überprüfen, ob sie nicht außerhalb Österreichs ihre Heimatgemeinde hatten. Man muß dazu wissen, daß zur Zeit der Monarchie jährlich tausende Menschen aus Böhmen und Mähren nach Österreich zogen und viele dort eine neue Existenz gründeten. Wie viele dann zwangsweise repatriert wurden, ist eine offene Frage. Dazu müßten die Archive einzelner Kliniken durchgegangen werden, was einige Jahre an Arbeit kosten würde. Einige Anstalten gibt es sogar heute nicht mehr. Natürlich waren nicht nur Behinderte betroffen, es reichte ja, in eine Notlage zu gelangen oder festgenommen zu werden. Aber kein Historiker, den ich befragt habe, wußte etwas über das Thema.“

Die Erkrankten hunderte von Kilometer in ein fremdes Land zu schicken, scheint aus heutiger Sicht sehr grausam zu sein. Als ob heute ein behinderter Tscheche in die Ukraine gebracht würde, nur weil dort sein Großvater geboren wurde, vergleicht Marek Kerles. Zugleich fügt er aber hinzu, daß es damals wahrscheinlich kein großes Aufsehen auslöste. Die Tschechoslowakei erkannte das Heimatrecht an und nahm sich dieser Pflicht an. Erstaunlicherweise waren auch die Verwandten der Betroffenen damit einverstanden, zumindest im Fall von Kalvach. Die Korrespondenz zwischen Kalvachs Vater und dem Gerichtshof in Reichenau ist nämlich erhalten geblieben. Aus dieser läßt sich entnehmen, daß Kalvach Senior froh war, daß sein Sohn in ein „zivilisiertes und reiches Land“ kam. Der Tschechoslowakei ging es nämlich in der Zwischenkriegszeit wirtschaftlich deutlich besser als Österreich und dem entsprachen wahrscheinlich auch die Bedingungen in den Anstalten für geistig Behinderte.

## Barock-Hospital in Kukul wird restauriert

Das in Kukul (Kukul) in Ostböhmen zu Beginn des 18. Jahrhunderts zur Hilfe der Kranken, vor allem langgedienter Soldaten, errichtete Hospital, das zu diesem Zweck bis zum Jahr 1938 in Verwendung war, wird mit dem dazugehörigen Areal für eine halbe Milliarde Kronen restauriert. Es ist das zur Zeit größte Projekt in Tschechien dieser Art. Es läuft mit dem Untertitel „Granatapfel“, bezeichnet nach den Zeichen des Ordens der Barmherzigen Brüder, die in Kukul tätig waren. Neben bröckelnden Fassaden, verlassen und ungenutzten Räumen, warten vor allem vernichtete Wandmalereien auf die Hand des Restaurators.

Das hier um das Jahr 1729 entstandene, bedrückende Fresko „Totentanz“ zeigt den Tod, wie er Narren, Königinnen, Kardinäle, Krämer aus dieser Welt hinausführt. Im 19. Jahrhundert verschwanden die Fresken unter aufgesprühtem desinfizierendem Kalk, da das Gebäude als Lazarett diente. Weitere Beschädigungen der

Malereien entstanden beim Verlegen elektrischer und anderer Versorgungsleitungen ins Mauerwerk. Auf die Restauratoren warten die Kapelle und die historische Apotheke mit dem Deckengemälde **Christus als Apotheker**. Auch dieses Fresko war, wie Kastellan Libor Švec angibt, mit einem fixierenden Stoff überdeckt.

Jetzt fließen nach Kukul mehr als eine halbe Milliarde Kronen. Millionen aus europäischen Fonds gehen zur Unterstützung des Touristenverkehrs an die Gemeinde selbst, 453 Millionen fließen aus dem Operationsprogramm „Bildung“ in die Restaurierung des Hospitalkomplexes.

Das Projekt „Granatapfel“ stellt die Erneuerung des Komplexes des Hospitals sicher, einschließlich Hofplatz und dem Spitalgarten mit einer Baumschule. Verblieben waren die traditionellen Trassen des Hospitals einschließlich dem Lapidarium, in dem die Originale der berühmten Gestalten aus dem Zyklus „Tugend und Laster“ von Matyáš Bernhard Braun sowie

der Grabstein des Gründers des Hospitals, F. A. Špork, untergebracht sind.

(Bemerkung des Übersetzers: Der aus Tirol zugewanderte Bildhauer Matthias Bernhard Braun ist einer der bedeutendsten Schöpfer des böhmischen Barock. Bedeutende Werke von ihm sind die Statuengruppe Sankt Luitgard auf der Karlsbrücke, die Ausschmückung der Kirche St. Clemens in Prag und weitere. Graf Špork wird von den Tschechen als František Antonín Špork vereinnahmt !!)

Nicht auf die beiden weiteren Teile erstrecken sich die Dotationen für die Denkmalspfleger: Den ursprünglichen Friedhof des Hospitals und auf Brauns Betlém / Bethlehem, eine in den Jahren 1718 bis 1732 entstandene unikate Komposition im Areal Nový les bei Kukul (Nowales westl. Königinhof?). Hier hat der Bildhauer aus Teilen des aus dem Boden hervortretenden Sandsteins Plastiken einer Weihnachtskrippe herausgearbeitet. Seit Jahrzehnten fehlt Geld dafür, obwohl ihr Zustand zunehmend desolat wird. Ein „Bildungsprojekt“ läßt sich darauf nicht ausdehnen. Jetzt ist Brauns Betlém ein möglicher weiterer Kandidat der ČR für das Verzeichnis des Weltkulturerbes der UNESCO. (Aus dem Beitrag „Granatapfel kommt aus dem Morast ans Tageslicht“ in „Lidové noviny“ vom 1. 2. 2014.) wyk

## Symposium für Familienforscher

Von 16. bis 18. Mai veranstalten die Vereinigung Sudetendeutscher Familienforscher e.V. (VSFF) und **Familia Austria** ein gemeinsames Symposium mit dem Titel „Österreicher aus Böhmen, Mähren und Schlesien“ in Wien. Der Eintritt ist frei.

Anmeldungen bei Familia Austria, Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte, c/o Günter Ofner, Gertzgasse 59 / 9, 1180 Wien, E-mail: kontakt@familia-austria.at, Internet: www.familia-austria.at – http://familia-austria.net/forschung.

## TV-TIPP DES BdV

NRD, Sonntag, 16. März, 18 Uhr: **Hanseblick**. Zu Fuß durch die Karpaten. Regionalmagazin.

## Wien bekommt Franz-Hübel-Park

Als Dank für sein unvergeßliches seelsorgliches Wirken wird in Wien-Hetzendorf ein öffentlicher Park nach Kaplan Franz Hübel benannt werden.

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Wissenschaft hat beschlossen, die Parkanlage in 1120 Wien, im Bereich zwischen der Jägerhausgasse und dem Margarete-Seemann-Weg, Franz-Hübel-Park zu nennen. Die offizielle Neubenennung findet am Freitag, 4. April, um 10 Uhr, Wien 12, Ecke Margarete-Seemann-Weg / Jägerhausgasse mit anschließender Agape statt. Hübel wurde am 3. Oktober 1911 in Weißkirch (Kostelec) bei Jägerndorf (Krnov) geboren, am 5. Juli 1935 in Olmütz zum Priester geweiht. Er war bis 1950 Kaplan in Neutitschein (Nový Jičín), ab 15. Dezember 1950 Kaplan in Wien-Hetzendorf. Am 14. August 2004 ist er in Wien verstorben und wurde am alten Hetzendorfer Friedhof beigeaset.

## Bestechungsklage gegen Nečas

Polizei und Staatsanwaltschaft haben den früheren Premier Petr Nečas offiziell der Bestechung beschuldigt. Dieser weist die Anschuldigungen von sich. In dem Fall geht es um die mutmaßliche Bestechung von drei Abgeordneten. Diese Affäre sowie Bespitzelungsenthüllungen brachten im Juni vorigen Jahres die damalige liberalkonservative Dreiparteienkoalition zu Fall. Im Herbst 2012 wollte die damalige Dreiparteienkoalition ein strittiges Steuerpaket im Parlament durchdrücken. Die drei damaligen bürgerdemokratischen Abgeordneten Petr Tluchof, Marek Šnajdr und Ivan Fuksa legten sich jedoch quer, damit gefährdeten sie aber den Fortbestand der Regierung. Nečas wollte die Abgeordneten angeblich loswerden und soll ihnen lukrative Posten in der Staatsverwaltung und in staatlichen Firmen angeboten haben. Die drei Parlamentarier legten daraufhin ihre Mandate tatsächlich nieder. Ihre Strafverfolgung wegen angeblicher Bestechlichkeit wurde aber im vergangenen Sommer vom Obersten Gerichtshof gestoppt.

## Die Meinung des Witikobundes zum Leitwort des BdV

Das für 2014 gültige Leitwort des BdV lautet: „Deutschland geht nicht ohne uns.“ In einem Kommentar dazu erinnerte die BdV-Präsidentin Erika Steinbach daran, daß die zwölf Millionen Vertriebenen dank ihres Leistungswillens in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfolgreich waren. Zum Beweis dafür nannte sie eine Reihe prominenter Politiker, Unternehmer und Kulturschaffender (darunter allerdings auch Joschka Fischer, Günther Grass und Margot Käßmann).

Dieser Kommentar veranlaßte den Witikobund zu einer Stellungnahme, die wir hier wiedergeben:

### Die im Schatten sieht man nicht!

Der Witikobund meint: So erfreulich der von Frau Steinbach festgestellte Befund auch sei, dürfe man von diesen Prominenten nicht auf die Masse der Vertriebenen schließen. Dafür sei die Datenbasis zu schmal. Frühere Statistiken hätten vielmehr enthüllt, daß die Vertreibung auf breiter Front zum sozialen Abstieg der Vertrie-

benen geführt habe, und es sei unwahrscheinlich, daß sich dieses Bild schon grundlegend geändert hätte. Man denke nur an die Vernichtung des ganzen Bauerstandes mit dem unwiederbringlichen Verlust seiner Landflächen.

Der Witikobund warnte auch davor, sich von den glanzvollen Karrieren einiger Weniger blenden zu lassen und zu glauben, daß die Vertriebenenproblematik insgesamt schon gelöst sei. Vielmehr müsse man an die Aussagen der Politik erinnern, in denen es vor dem EU-Beitritt der Vertreterstaaten Polen und Tschechien hieß, Verhandlungen mit diesen hätten nach dem Beitritt größere Erfolgsaussichten als vorher. Bisher schienen aber nicht nur die Ergebnisse, sondern sogar der Wille zu fehlen, überhaupt Verhandlungen zu führen, stellte der Witikobund fest.

Als positiv bewertete der Witikobund allerdings, daß Frau Steinbach eine ganze Reihe Prominenter an ihre Herkunft erinnert und sie vielleicht veranlaßt habe, sich demnächst aktiv für den BdV einzusetzen.